

Haushaltsrede Michael Koch, FWV-Fraktion, am 20.01.2015

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Damen und Herren der Gemeindeverwaltung,

Es wurde schon alles gesagt, nur nicht von jedem. So denkt vielleicht der ein oder andere von Ihnen, wenn jetzt der Vertreter der dritten Fraktion im Bunde hier steht und für seine Rede Luft holt. Ich kann auch sagen, dass es durchaus schwierig ist, nach der Rede von Herrn Wermke und der Rede von Dr. Keller jetzt noch etwas anderes zu bringen. Ich werde mich aber anstrengen, dass das funktioniert. Es soll auch manche Gemeinden geben, die auf die Reden verzichten und sie nur noch im Amtsblatt schriftlich veröffentlichen. Aber dann wäre die Chance vergeben, hier allen miteinander öffentlich Dank zu sagen. Und da kann ich mich nur anschließen bei Herrn Wermke und Herrn Dr. Keller: Die Zusammenarbeit hier im Gemeinderat macht Spaß, ist zielführend, und das ist auch vielleicht der Grund, weshalb es schwierig ist, als Dritter im Bunde etwas Neues zu sagen, weil die Intension von uns allen im Großen und Ganzen die gleiche ist.

Ich versuche, dass keine oder zumindest wenige Wiederholungen kommen, und ich plädiere für den Erhalt der Haushaltsreden, nicht nur wegen des öffentlichen Dankes. Schließlich ist der Haushalt auch das Grundwerk, in dem sich die Ausrichtung der Gemeinde und Mitgestaltung des Gemeinderats am deutlichsten zeigt. Darüber soll dann auch öffentlich geredet und Schwerpunkte deutlich werden. Schade nur, dass die Bevölkerung so wenig daran teilnimmt, trotz unseres Werbens und Bemühens.

Allen „Beteiligten“ bei dem Prozess darf ich - jetzt besteht die Gefahr der Wiederholung - herzlich danken. Bürgermeister, Gemeinderäte aller Fraktionen, aber vor allem Herrn Friedel mit seinem Team. Beginnend mit der Gemeinderatsklausur, bis zum heutigen Tag war und ist die Erstellung des Haushaltsplans ein guter, ein offener, ja partnerschaftlicher Prozess. Dafür nochmal vielen herzlichen Dank!

Wir haben sehr viel vor, das Arbeitsprogramm für 2015 und folgende Jahre, wie es im Haushaltsplan beschrieben wird. Es ist ein großes Rad, das viel Energie braucht, um gedreht zu werden. Die Fraktion der Freien Wählervereinigung steht zu allen Projekten, die darin aufgeführt sind, weil sie notwendig sind und mit Vernunft zusammengestellt sind. Oder weil sie auf der Grundlage unserer Richtlinien einen Anspruch darstellen: Da müssen wir zum Beispiel den Investitionszuschuss für eine baufällige Mauer, die der Kirche gehört, leider auch schlucken. Aber wir machen es. Nebenbei: Die hierfür relevante Richtlinie der Gemeinde wird wohl erst dann zu Diskussionen kommen und zu ändern sein, wenn ganz andere Vereine und "Institutionen" auf die Idee kommen und darin eine Chance sehen, ihren eigenen Geldbeutel zu entlasten; und wir das nicht mehr leisten können oder möglicher Weise auch, je nach fordernder Gruppe, nicht mehr wollen. Wir sollten uns darüber unterhalten.

Und natürlich ärgert es uns, dass finanztechnische Regelungen negative Auswirkungen auf uns haben, trotz verbesserter finanzieller Gesamtsituation der Gemeinde, dass Umlagen Zuschüsse reduzieren, dass die Personalkosten deutlich steigen, dass unsere Kindergartenplätze richtig viel Geld kosten. Umgekehrt aber reduzieren wir unsere Schuldenlast weiter, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung leisten richtig tolle Arbeit. Mit durchschnittlich rund 16 Prozent Anteil an den Kinder-

gartenkosten fahren die Eltern in Ubstadt-Weiher sehr günstig, was unsere Gemeinde gerade für sie attraktiv machen sollte. Pflege, betreutes Wohnen, Alten- und Familienzentrum, Schulen und Vereine, Feuerwehr - ganz wichtig, hauptamtlich und ehrenamtlich engagierte Menschen leisten dankenswerterweise erstklassige Arbeit. Sprich: Wir geben viel Geld aus, doch wir bekommen auch viel dafür! Es gibt also kein Schwarz-Weiß in der Haushaltsplanung, sondern wir arbeiten an Optimierungen.

Wir freuen uns auf die vielen Veränderungen in Stettfeld mit besserer Verkehrssituation und neuem Wohnquartier, auch wenn uns das unter dem Strich über eine Million Euro kostet - über mehrere Jahre verteilt zwar, aber immerhin. Wir freuen uns, dass sich in Zeutern im Rahmen des Landessanierungsprogrammes einiges positiv ändern wird, auch wenn uns das Hunderttausende kosten wird.

In Weiher würden wir gerne mehr tun, doch der Hochwasserschutz bremst uns bekanntlich momentan noch aus. Ohne ihn haben wir aber keine Chance, unsere Gemeinde und vor allem Weiher vernünftig weiter zu entwickeln. Diesen Wettbewerbsnachteil gegenüber den umliegenden Gemeinden müssen wir dringendst aus der Welt schaffen. Und ich rufe: Regierung von Baden-Württemberg, beweg dich endlich und nimm deine Verantwortung umgehend wahr! Wahrscheinlich aber macht sie das nicht, und so muss die Gemeinde erst einmal selbst ran. Vielleicht gelingt es uns so, in einem überschaubaren Zeitraum, ein zukunftsorientiertes Baugebiet für und in Weiher auf den Weg zu bringen.

Aber: Dass manches schnell gehen kann und auch zur Entlastung über die Gemeinde hinaus hilft, haben wir nicht nur mit unseren Entscheidungen zur Erweiterung des Übergangwohnheims für Asylsuchende bewiesen. Also kann auch das Land etwas Gutes für uns tun!

Wir in der Gemeinde stehen im vielfältigen Wettbewerb. So legen wir von der Fraktion der Freien Wählervereinigung großen Wert auf einen moderierten Leitbildprozess unter Einbeziehung der Bevölkerung. Natürlich nehmen wir hierfür gerne eine Zuschussung in Anspruch. Aber auch ohne Zuschuss muss dieser Prozess angegangen werden. Wo soll die Reise hingehen? Wichtiger noch als diese konkreten Einzelziele sind Antworten auf die Frage: Welche Notwendigkeiten und welche Möglichkeiten gibt es in welchen Zeithorizonten? Lassen Sie uns damit möglichst bald beginnen!

Unser Schulverbund steht im Wettbewerb. Dringend müssen wir das Projekt angehen, denn heute genießen Eltern und Schüler eine Freizügigkeit wie nie und stimmen mit den Füßen ab, wenn das Umfeld nicht stimmt. Wenn wir uns also nicht beeilen, werden wir uns über eine Umnutzung zumindest eines Teils der Schule Gedanken machen müssen. In Verbindung mit den Rathausgedanken wäre das ja nicht das erste Mal in Ubstadt - das heutige Rathaus war ja auch mal eine Schule. Aber soweit soll und darf es nicht kommen. Unsere Verbundschule in Ubstadt kann ein Wettbewerbsvorteil bleiben! Gehen wir das Riesenprojekt zügig Schritt für Schritt an.

Unsere Region steht im Wettbewerb: Der Kraichgau erhält rund 4 Millionen Euro aus dem EU-Regionalentwicklungsprojekt LEADER. Wir gehören zwar nicht direkt, aber wenigstens über den Tourismusverband dazu, und so können wir als die deklarierte "Pforte zum Kraichgau", so manch einer kennt das Buch noch, hoffentlich auch etwas davon profitieren.

Die regionale Wirtschaftsförderung hat für unsere Region Mittel für eine Stärkung der Elektromobilität erhalten. Natürlich müssen wir da mitmachen und damit unsere Region profilieren! Wenn auch auf diesem Gebiet der Markt allein nicht funktioniert und Steuergelder bereitgestellt werden müssen, dann sind wir hier an der Bertha-Benz-Straße genau die richtigen, die das Geld sinnvoll einsetzen! Nutzen wir also diese Chance und gehen das Projekt offensiv an!

Leider funktioniert der Markt ja also nur da, wo zumindest vermeintlich hohe Gewinne winken. Ist das nicht der Fall, wird die Allgemeinheit zur Finanzierung herangezogen. Bei Breitband hat die Privatisierung allgemein für Preisreduktion gesorgt. Aber liebe Zuhörer, eben nur da, wo es auch ein Angebot gibt. Und das Angebot gibt es eben nur da, wo Gewinne winken. Es ist schon bitter, als Unternehmer den Gegnern der Privatisierung Recht geben zu müssen. Bei Infrastrukturthemen scheint das wohl unvermeidbar zu sein. Jetzt ist also wieder die Gemeinschaft gefordert, konkret über eine Entwicklungsgesellschaft des Landkreises, den Wettbewerbsfaktor Breitband auch bei uns auf dem Land auf ein vernünftiges Niveau zu bringen. Zum Glück hat der Landkreis diese Initiative aufgenommen. Wir freuen uns und sind dabei!

Schön, ist es auch, dass es bei diesem Thema Kontakte in den Rhein-Neckar-Kreis gibt. Das ist ja nicht selbstverständlich. Auch wenn es Unterlieger sind. Wir sind ja hier im Zonenrandgebiet, nördlich Bad Schönborn-Mingolsheim steht eine dicke Mauer, zumindest bezogen auf Informationen. Aber eine Zusammenarbeit nach Norden hin lohnt sich, wie das Abo-Plus-Projekt des KVV, in das auch die CDU sehr viel Energie eingesetzt hat, seit längerem zeigt. Sicher gibt es noch mehr Themen, die man gemeinsam angehen kann. Schließlich zieht sich die Metropolregion Rhein-Neckar – und ich weiß nicht, ob das jeder hier im Saal weiß -auf Pfälzer Seite bis runter zum Elsass. Und wenn es den Protagonisten der beiden Verbände Metropolregion Rhein-Neckar und Technologieregion Karlsruhe schwerfällt, gemeinsame Sache oder gemeinsame Sachen zu machen, wir in der geografischen Position als Verbindungsstückchen können uns überlegen, wie wir noch mehr aus unserer sehr guten geografischen Lage, gerade als dieses Zwischenstückchen zwischen den vermeintlichen Superregionen des Südwestens, spielen können.

Ja, und jetzt geht es mit der Sozialisierung von Kosten auch beim Wettbewerbsfaktor Stromversorgung in eine neue Phase! Zu Zeiten des Badenwerks, wo ich herkomme, war es die EVS, war Versorgungssicherheit ganz oben gestanden. Heute rät das Regierungspräsidium, also unsere Landesregierung, Notstromversorgungen für den Fall länger andauernder Versorgungsunterbrechungen einzurichten, also für Stunden oder Tage! Was läuft denn da? Hat der Miteigentümer der EnBW Sorgen, dass sein Unternehmen seine ureigene Aufgabe der sicheren Versorgung nicht erfüllt? Will er die Vorsorge für die größten möglichen Probleme durch die Allgemeinheit finanzieren lassen? Wenn man sich das durchdenkt - an sich ein unglaubliches Unterfangen!

Aber was bleibt uns übrig? Im Notfall sind wir als Gemeinde gefordert, der Bevölkerung zu helfen. Notstromversorgungen für die Hallen und Abteilungen der Feuerwehr. Sinnvoll, vernünftig. Aber wie teuer wird das werden? Und wann werden Betriebe und Haushalte dazu aufgefordert? Wir sind sehr gespannt auf die Details.

Wie auch auf die Auswirkungen der neuen Evakuierungszonen bei Kernkraftwerken, die ja von zehn auf 20 km ausgeweitet werden, und damit die Änderung von Katastrophenplänen, über das übrigens in der Pfalz oder auf der Pfälzer Seite seltsamer Weise wesentlich mehr diskutiert wird als bei uns. Es war jetzt ein schöner Artikel in

der „Rheinpfalz“ am 5 Januar zum Beispiel, in dem es sehr deutlich besprochen wird, was das für Speyer und Germersheim usw. für Folgen haben kann.

Und Fracking oder Öl-Bohren? Wir sind strikt dagegen und hoffen, dass niemand anderes in der größeren Region auf die Idee kommt, damit anzufangen. Das geht weit über unsere Gemeindegrenzen und unseren Landkreis hinaus. Es kann Auswirkungen auf unser Grundwasser haben, selbst wenn das in Südhessen passiert. Wir hoffen sehr, dass in diesem Punkt überregionale Einigkeit besteht, und in diesem Zusammenhang - wenn ich unseren Kreisrat Hagenmeier und Sie, Herr Löffler als Kreisrat sehe - muss das auch über den Landkreis sehr deutlich gemacht werden.

Und so sind wir beim Trinkwasser – und da schließe ich mich den Vorrednern an - wir freuen uns sehr, dass der Trinkwasserzweckverband kurz davor ist, eine zentrale Enthärtungsanlage umzusetzen. Und auch wir sagen: endlich. Es wird zwar noch zwei drei Jahre dauern, so unsere Schätzung, aber wir können zuversichtlich sein, dass sie endlich realisiert wird.

Jetzt kommen wir zum Abschluss zu meinem Lieblingsthema.

Bei dieser Fülle von Aufgaben, bei diesem riesigen Spektrum an betroffenen Bereichen, muss die Bevölkerung, und zwar jede Person, die Möglichkeit der Einsicht in die Vorgänge und damit die Möglichkeit der Kontrolle haben - natürlich solange keine datenschutzrechtlichen oder Sicherheitsinteressen des Landes berührt sind oder gefährdet werden. Das Stichwort ist hier Informationsfreiheit. Die Grünen und die SPD, die aktuell das Ruder im Land in der Hand haben, tun sich damit genauso schwer wie die zuvor regierenden CDU und FDP, die in diesem Zusammenhang gerade von Grünen und SPD massiv kritisiert wurden. Macht scheint das Interesse an Informationsfreiheit deutlich zu reduzieren. Das was jetzt gerade in der Mache ist, wird allgemein als ein ziemlich schwaches Informationsfreiheitsgesetz beurteilt. Dass dann sogar willige Gemeinden wie die unsrige - herzlichen Dank nochmal Herr Bürgermeister, dass Sie das angegangen sind - ausgebremst werden. Für die Reichweite der Gemeinde eine Informationsfreiheitsatzung zu erstellen, ist für alle ein Schlag ins Gesicht, die nichts zu verbergen haben und es ehrlich meinen. Vielleicht können wir das in naher Zukunft, wenn das Land doch ein Informationsfreiheitsgesetz auf den Weg bringt, noch hinbringen. Es geht ja hoffentlich noch sehr lange so offen, ehrlich und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit hier in Ubstadt-Weiher zu, aber man muss gewappnet sein, falls sich das einmal - aus welchen Gründen auch immer – ändert, und dann müssen auch wir alle noch Einsicht haben können.

Die Fraktion der Freien Wählervereinigung stimmt dem Haushalt und dem Haushalten der Eigenbetriebe zu. Ich hoffe, ich konnte ein bisschen über die Reden meiner Vorredner hinaus einige Anregungen geben.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und ich wünsche Ihnen eine gute Sitzung. Vielen Dank.